

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

am Mittwoch, dem 09.09.2026

**im Neues Rathaus
Sitzungszimmer 2.5/2.6
Großflecken 59
24534 Neumünster**

Beginn: 18:04 Uhr

Ende: 20:41 Uhr

Anwesend:

Stadtrat

Herr Carsten Hillgruber

Ausschussvorsitzende

Frau Dr. Bettina Boxberger

Ausschussmitglied

Herr Dr. Bruno Dannmeier
Herr Süleyman Inci
Herr Gerrit Köhler
Herr Rainer Loose
Herr Bruno Narnbach
Herr Andreas Preuß
Herr Alfred Christian Ludwig von Dollen

stellvertretendes Ausschussmitglied

Frau Urte Kringel
Herr Manfred Zielke

Außerdem anwesend

Forum der Vielfalt
Seniorenbeirat

Frau Elisabeth Dannenmann
Herr Dieter Sell
Bis zu 6 Gäste
Bis zu Vertreter der Presse

Von der Verwaltung

FDL 53
FD 03, Protokollführung
FD 03
FDL 03
FD 03
Jobcenter
FD 01
Jugendberufsagentur
FDL 50

Frau Dr. Alexandra Barth
Frau Lisa beim Graben
Herr Arne Bollen
Herr Felix Brümmer
Frau Simone Franzin
Herr Thorsten Hippe
Frau Frauke Schultz
Frau Rebecca Voigt
Herr Sönke Winter

Entschuldigt:

stellvertretende/-r Ausschussvorsitzende/-r

Herr Siamak Aminmansour

Ausschussmitglied

Herr Dr. Johannes Kandzora
Herr Horst-Dieter Micheel
Herr Maurice Selke
Frau Sarah Wolff

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1.	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Genehmigung der Tagesordnung vom 09.09.2026
3.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2026
4.	Einwohnerfragestunde
5.	Anträge und Anfragen
6.	Vorstellung der Budgetentwicklung einzelner Fachdienste (FDe 03, 50 und 53) für das Haushaltsjahr 2027
7.	Gesamtkonzept für öffentliche Toiletten in der Innenstadt von Neumünster Vorlage: 0655/2023/DS
8.	Handlungskonzept Armut; hier: Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegende (FGKIKP) und Familienhebammen Vorlage: 0701/2023/DS
9.	Kommunale Förderung der Migrationsberatung in Neumünster Vorlage: 0708/2023/DS
10.	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und der AWO Schleswig-Holstein gGmbH über Schwangerschaftskonfliktberatung und weitere in § 8 Abs. 1 Nr. 2 Gesundheitsdienstgesetz (GDG) genannte Leistungen der Gesundheitshilfe Vorlage: 0687/2023/DS
11.	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Verein donum vitae in Schleswig-Holstein e.V. über Schwangerschaftskonfliktberatung für die Jahre 2027 bis 2031 Vorlage: 0673/2023/DS
12.	Suchtberatungsstelle insbesondere für legale und illegale Drogen sowie Suchtprävention an Schulen in Neumünster ab 2028 bis 2032 Vorlage: 0695/2023/DS
13.	Strukturvertrag soziale Hilfen in Schleswig-Holstein, Mittelverteilung für das Jahr 2027 Vorlage: 0672/2023/DS
14.	Dringliche Vorlagen
15.	Mitteilungen

15.1.	Jahresbericht 2025 der Jugendberufsagentur Neumünster Vorlage: 0319/2023/MV
15.2.	Kosten der Unterkunft: Neuregelung der Mietobergrenzen ab 01.10.2026
15.3.	Antrag des Seniorenbeirats auf Stellenanhebung in der Wohnpflegeaufsicht
15.4.	Sachstand Special Olympis 2027
15.5.	Erfolgreicher Antrag der Stadt Neumünster und des Deutschen Roten Kreuzes im Rahmen der Gesamtstrategie Ehrenamt
15.6.	Verschiedenes

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:04 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Sodann stellt sie die Beschlussfähigkeit fest.
Sie weist daraufhin, dass Neumünster TV anwesend ist und Filmaufnahmen macht. Wer dies nicht möchte, solle sich bitte entsprechend bemerkbar machen.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung vom 09.09.2026
-----	---

Ratsherr Inci weist daraufhin, dass aufgrund der langen Tagesordnung eine disziplinierte Sitzung erforderlich sei. Außerdem wünsche er sich an manchen Stellen mehr Unterlagen um eine bessere Vorbereitung der Ausschussmitglieder zu ermöglichen.
Ansonsten gibt es keine Einwände zur Tagesordnung, die somit genehmigt wird.

3 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 10.06.2026
-----	---

Es liegen keine Einwände vor.

4 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

5 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

6 .	Vorstellung der Budgetentwicklung einzelner Fachdienste (FDe 03, 50 und 53) für das Haushaltsjahr 2027
-----	--

Herr Brümmer beginnt mit der Präsentation der Budgetentwicklung im Fachdienst 03 – Dezentrale Steuerungsunterstützung. Er erläutert, dass die Kosten der Unterkunft einen sehr großen Anteil des Budget im Fachdienst verantworten. Hier gäbe es wenig Steuerungsmöglichkeiten, da es sich um eine gesetzlich vorgeschriebene Leistung handele. Derzeit erlebe man eine relativ stabile Entwicklung nach Jahren der Mietpreissteigerungen, ausgelöst durch die Pandemie und den Ukraine-Krieg.
Die Anzahl der Leistungsbezieher/-innen sei derzeit stabil.

Herr Winter schließt mit der Präsentation der Budgetentwicklung im Fachdienst 50 – Soziale Hilfen an. Er erläutert, dass die Aufwendungen stiegen. Aufgrund der guten

Erstattungsquote durch Bund und Land in vielen Leistungen stiegen parallel auch die Erträge. Er geht darauf ein, dass die Planungen insgesamt knapper und etwas riskanter geworden seien um die Rahmenbedingungen der Haushaltsplanung zu erfüllen. Herr Winter erwähnt auch, dass aufgrund des Stellendeckels es bei einigen Leistungen zusehends enger werde mit der zeitnahen Antragsbearbeitung.

Frau Dr. Barth beendet die Vorstellungen mit der Budgetentwicklung im Fachdienst 53 – Gesundheit. Sie stellt dar, dass das Auslaufen des Pakts für den öffentlichen Gesundheitsdienst zu Mindererträgen im nächsten Jahr führe. Einen großen Teil der Aufwendungen könne die Kommune nicht beeinflussen, da dies gesetzlich vorgeschriebene Gelder für die Krankenhausfinanzierung seien. Sie berichtet, dass 3,5 VZÄ weiter fortgeführt werden sollen, die vollständig refinanziert seien aus restlichen, nicht verbrauchten Fördermitteln.

7 .	Gesamtkonzept für öffentliche Toiletten in der Innenstadt von Neumünster Vorlage: 0655/2023/DS
-----	---

Frau Schultz stellt das Konzept der Stadtverwaltung für öffentliche Toiletten im Innenstadtbereich vor. Sie erläutert, dass der Vorschlag der Verwaltung vorsähe, sich nicht dem Konzept „Nette Toilette“ anzuschließen, da dies mit Kosten verbunden sei. Stattdessen wolle man ein ähnliches Konzept umsetzen, bei dem durch Sticker erkennbar sei, welcher Betrieb seine Toilette zur Verfügung stelle.

Herr Köhler weist daraufhin, dass im Ausschuss für Kultur und Tourismus angeregt worden sei, auch Rollstuhlsymbole oder Wickelmöglichkeiten zu integrieren. Der Ausschuss lobt ausdrücklich den unkomplizierten, pragmatischen Vorschlag. Die Ausschussvorsitzende lässt über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

Beschluss: Die Ratsversammlung stimmt der Umsetzung des Konzepts für öffentliche Toiletten im Innenstadtbereich zu.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

8 .	Handlungskonzept Armut; hier: Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegende (FGKIKP) und Familienhebammen Vorlage: 0701/2023/DS
-----	---

Stadtrat Hillgruber führt in die Drucksache ein und stellt dar, dass die Verwaltung einen Trägerwechsel vorschlage. Verbunden mit diesem Wechsel sanken auch die finanziellen Aufwendungen der Stadt leicht, da die Mittel in der Vergangenheit nicht ausgeschöpft worden seien.

Verschiedene Ausschussmitglieder äußern ihre Zustimmung zum vorgeschlagenen Verfahren und sehen hierin Vorteile.

Die Ausschussvorsitzende lässt sodann über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

Beschluss: Es wird zugestimmt, die Arbeit der Familien-Gesundheits- und Kinderkrankenpflegenden (FGKIKP) und Familienhebammen (FamHeb) in

den Jahren 2027 bis 2029 im bisherigen finanziellen Umfang fortzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Friedrich-Ebert-Krankenhaus (FEK) Neumünster die entsprechenden Zuwendungen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

9 .	Kommunale Förderung der Migrationsberatung in Neumünster Vorlage: 0708/2023/DS
-----	---

Stadtrat Hillgruber führt in die Drucksache ein, indem er kurz die Historie erwähnt. Er erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung vorsähe, dass bis zu 80% der nicht durch Bundes- oder Landesmittel gedeckten Kosten der Migrationsberatungsstellen durch die Stadtverwaltung bezuschusst werden.

2027 solle dann ein gemeinsames Konzept entwickelt werden.

Frau Müller-Semrau gibt an, dass es bereits Gespräche mit Bund und Land gäbe, diese Mittel zu erhöhen.

Auf die Frage, ob es sein könne, dass die Migrationsberatungsstellen auch in Asylverfahren beraten, bei der die Stadt Neumünster involviert sei, wird dargestellt, dass die Beratungsstellen keine rechtlichen Beratungen wahrnehmen und es somit keinen Interessenskonflikt gäbe.

Die Ausschussvorsitzende lässt über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

Beschluss: Es wird zugestimmt, die 2027 nicht durch Bundes- oder Landesfördermittel gedeckten Kosten der Migrationsberatungsstellen in Neumünster zu bezuschussen. Die Kommune übernimmt auf Antrag bis zu 80 % des nach Bundes- bzw. Landesförderung verbleibenden, im jeweiligen Förderbescheid ausgewiesenen Eigenanteils, höchstens jedoch 20.000 € je VZÄ.

Die Zuwendungsbescheide enthalten die Auflagen, a) regelmäßig an den für die Koordinierung der Beratungsarbeit und die Vernetzung der Beratungs- und Integrationsangebote vorgesehenen Netzwerkformaten teilzunehmen, b) an der Weiterentwicklung des kommunalen Beratungskonzepts mitzuwirken und c) die kommunale Evaluation der Kofinanzierung der Migrationsberatung zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

10 .	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und der AWO Schleswig-Holstein gGmbH über Schwangerschaftskonfliktberatung und weitere in § 8 Abs. 1 Nr. 2 Gesundheitsdienstgesetz (GDG) genannte Leistungen der
------	--

	Gesundheitshilfe Vorlage: 0687/2023/DS
--	---

Stadtrat Hillgruber führt in die Drucksache ein und erklärt, dass die Verwaltung vorschläge, die bewährte Kooperation mit AWO/pro familia fortzuführen. Die Aufwendungen seien an die Preisentwicklungen angepasst.
Die Ausschussvorsitzende lässt nach kurzer Aussprache über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

Beschluss: 1. Die Zuwendung der Stadt Neumünster an die AWO Schleswig-Holstein gGmbH zur Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatung und weiterer in § 8 Abs. 1 Nr. 2 GDG genannte Leistungen der Gesundheitshilfe wird in folgender Höhe gewährt:

2027 119.811 Euro
2028 126.900 Euro
2029 133.664 Euro
2030 140.442 Euro
2031 147.381 Euro

2. Die Verwaltung wird berechtigt, den als Anlage beigefügten Vertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

11 .	Zuwendungsvertrag zwischen der Stadt Neumünster und dem Verein donum vitae in Schleswig-Holstein e.V. über Schwangerschaftskonfliktberatung für die Jahre 2027 bis 2031 Vorlage: 0673/2023/DS
------	--

Stadtrat Hillgruber erläutert, dass auch hier bewährte Kooperation mit donum vitae fortgeführt werden soll. Die Stadt sei rechtlich dazu verpflichtet, zwei unterschiedliche Anbieter zu haben, die eine Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen.
Die Ausschussvorsitzende lässt über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

Beschluss: 1. Die Zuwendung der Stadt Neumünster an den Verein donum vitae in Schleswig-Holstein e.V. zur Finanzierung der Schwangerschaftskonfliktberatung wird in folgender Höhe gewährt:

2027 2.483 Euro
2028 2.910 Euro
2029 3.343 Euro
2030 3.782 Euro
2031 4.228 Euro

2. Die Verwaltung wird berechtigt, den als Anlage beigefügten Vertrag abzuschließen und zu unterzeichnen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 10
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

12 .	Suchtberatungsstelle insbesondere für legale und illegale Drogen sowie Suchtprävention an Schulen in Neumünster ab 2028 bis 2032 Vorlage: 0695/2023/DS
------	---

Stadtrat Hillgruber führt in die Drucksache ein und geht dabei kurz auf das bisherige Verfahren ein. Für 2027 sei die Vertragsverhandlung mit dem Träger abgeschlossen und kurz vor der Unterzeichnung.

Für 2028 schlage die Verwaltung eine europaweite Ausschreibung vor. Vom Grundsatz wolle man sich dabei an der bisherigen Struktur und den Kosten orientieren. Der angestrebte Vergleich mit dem Kreis Ostholstein sei nicht zielführend. Man wolle aber konkrete Vorgaben zur Prävention machen. Dies könne zu Kosten der Beratung gehen. Herr Teipel erläutert seinen Brief an die Ausschussmitglieder und stellt die Problematik aus seiner Perspektive dar. Mehrere Ausschussmitglieder äußern ihr Verständnis und machen deutlich, dass sie gerne mehr finanzielle Mittel für Prävention zur Verfügung stellen würden, dies aber derzeit aufgrund der angespannten Haushaltslage nicht möglich sei.

Die Ausschussvorsitzende lässt über die Drucksache abstimmen, die einstimmig bei einer Enthaltung angenommen wird.

Beschluss: Die Verwaltung wird beauftragt, eine europaweite Ausschreibung für die Einrichtung und den Betrieb einer Suchtberatungsstelle für legale und illegale Drogen sowie Suchtprävention an Schulen in Neumünster für die Jahre 2028 bis 2032 durchzuführen und einen Dienstleistungsvertrag mit folgenden jährlichen maximalen Budgets für die Jahre 2028 bis einschließlich 2032 abzuschließen und zu unterzeichnen.

2028	359.144,36 Euro
2029	365.189,13 Euro
2030	371.324,57 Euro
2031	377.552,05 Euro
2032	383.872,93 Euro

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 1

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

13 .	Strukturvertrag soziale Hilfen in Schleswig-Holstein, Mittelverteilung für das Jahr 2027 Vorlage: 0672/2023/DS
------	---

Stadtrat Hillgruber führt kurz in die Drucksache ein und erläutert, dass es sich hierbei um die Weiterleitung von Landesmitteln handele.

Die Ausschussvorsitzende lässt ohne Aussprache über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird. Ratsherr Inci ist zum Zeitpunkt der Abstimmung abwesend.

Beschluss:

1. Die Brücke Neumünster gGmbH erhält für das Jahr 2027 eine Zuwendung in Höhe von 38.984,06 Euro für die offene Hilfe im sozialpsychiatrischen Bereich – ambulanter Dienst / Begegnungsstätte - aus vom Land Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellten Mitteln.
2. Der Therapiehilfe gGmbH erhält für das Jahr 2027 eine Zuwendung in Höhe von 32.493,87 Euro für die regionale ambulante Suchtkrankenhilfe aus vom Land Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellten Mitteln.
3. Die Brücke Neumünster gGmbH erhält für das Jahr 2027 eine Zuwendung in Höhe von 38.252,33 Euro für die Hilfe im sozialpsychiatrischen Bereich – aufsuchende Hilfe für Kinder psychisch kranker Eltern aus vom Land Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellten Mitteln.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

endgültig entscheidende Stelle

14 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Dringliche Vorlagen liegen nicht vor.

15 .	Mitteilungen
------	--------------

15.1 .	Jahresbericht 2025 der Jugendberufsagentur Neumünster Vorlage: 0319/2023/MV
--------	--

Stadtrat Hillgruber erwähnt vor Beginn der Präsentation das 10jährige Jubiläum der Jugendberufsagentur. Frau Voigt knüpft daran an und stellt den Jahresbericht der JBA

2025 vor.

Die Fallzahlen stiegen 2025 auf 260 an, dies stelle eine Steigerung von fast 20% dar. Dementsprechend gab es 2025 156 Fallberatungen und 104 Fallkonferenzen. Ebenso gab es Steigerungen bei den Entwicklungsfortschritten und Fallabschlüssen.

Frau Voigt berichtet, dass 2025 eine sehr gute Öffentlichkeitsarbeit stattgefunden habe, die sicherlich zur Steigerung der Fallzahlen beigetragen habe.

Die Beratungsanliegen haben sich im letzten Jahr etwas verschoben: Es stehe nun nicht mehr alleine die Frage der Stabilisierung im Vordergrund, sondern Themen wie Berufsberatung und Ausbildungsvermittlung gerieten stärker in den Fokus.

Die Kundenbefragung zeige nach wie vor gute Rückmeldungen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Voigt für die Präsentation. Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

15.2 .	Kosten der Unterkunft: Neuregelung der Mietobergrenzen ab 01.10.2026
--------	--

Herr Hippe stellt dar, dass bei der Bestimmung der Mietobergrenzen im Bereich der Kosten der Unterkunft sehr enge Grenzen durch die Rechtsprechung gesetzt würden. Er erläutert, dass aufgrund neuer Gerichtsurteile die Notwendigkeit bestehe, ein neues Verfahren anzuwenden. Die Verwaltung habe nach einem erfolglosen Versuch, in Eigenregie Daten zu erheben, beschlossen, mit einem externen Unternehmen zusammenzuarbeiten, das Angebotsmieten analysiere und diese für die Berechnung heranziehe.

Das neue Konzept sei inzwischen erstellt worden; die Mietobergrenze werde steigen. Diese Steigerung wäre jedoch in jedem Fall eingetreten, da sich die allgemeine Mietpreisentwicklung auch hier auswirke.

Die Richtlinie solle zum 01.10. in Kraft treten.

15.3 .	Antrag des Seniorenbeirats auf Stellenanhebung in der Wohnpflegeaufsicht
--------	--

Herr Sell erläutert den Antrag des Seniorenbeirats. Dieser sei aufgrund eines formalen Fehlers nicht korrekt zustande gekommen und kann daher in dieser Sitzung nicht als offizieller Antrag behandelt werden. Die Verwaltung wolle dem Beiratsvorsitzenden aber dennoch die Möglichkeit geben, das Anliegen zu vertreten und ein Meinungsbild abzuholen.

Der Beirat fordere, dass die Wohnpflegeaufsicht personell so ausgestattet wird, dass die Regelbegehungen der Heime vollumfänglich wahrgenommen werden können.

Frau Dr. Barth erläutert, dass die Wohnpflegeaufsicht derzeit ein anderes Verfahren verfolge; sie stelle Regelbegehungen zum Zweck der anlassbezogenen Begehungen hinten an. Wichtiger sei es, auf Beschwerden oder Missstände schnell und vollumfänglich reagieren zu können.

Der Ausschuss macht deutlich, dass man sich hier in einer Zwickmühle zwischen gesetzlich vorgeschriebener Aufgabe und Stellendeckel befände. Die Mitglieder nehmen das Thema in ihre jeweiligen Fraktionen zur Beratung mit.

15.4 .	Sachstand Special Olympics 2027
--------	---------------------------------

Stadtrat Hillgruber erläutert den Sachstand der Special Olympics 2027. Der Veranstalter sei der Verein „Special Olympics“. Dieser habe ausgesagt, dass man noch auf eine Förderzusage durch „Aktion Mensch“ warte, die Ende September erfolgen solle. Danach werde der Veranstalter auf die Vereine zugehen und in die Planung einsteigen. Weitere Termine zur Abstimmung ständen demnächst an. Die Sportstätten seien bereits reserviert.

Die Ausschussvorsitzende kritisiert das späte Handeln und macht darauf aufmerksam, dass die Vereine auf die Mitwirkung von Ehrenamtlichen angewiesen seien. Bei vielen Vereinen sei die Jahresplanung 2027 bereits fortgeschritten. Die Special Olympics seien eine gute Möglichkeit, sich als Stadt zu präsentieren. Diese Chance solle man nutzen oder rechtzeitig prüfen, ob das Projekt aufgrund der finanziell schwierigen Ausgangslage tatsächlich realisierbar sei.

Ratsherr Köhler berichtet, dass die Special Olympics auch Bestandteil der 900-Jahr-Feier im nächsten Jahr sei. Er werde das Thema mit in die Lenkungsgruppe nehmen.

15.5 .	Erfolgreicher Antrag der Stadt Neumünster und des Deutschen Roten Kreuzes im Rahmen der Gesamtstrategie Ehrenamt
--------	--

Stadtrat Hillgruber erläutert, dass es einen erfolgreichen Antrag der Stadt Neumünster gemeinsam mit dem DRK auf Ehrenamtsförderung gebe. Die Stadt erhalte daher ca. 178.000€ aus Landesmitteln, die vollumfänglich an das DRK weitergeleitet werden. Das DRK werde daraus verschiedene Instrumente zur Koordinierung des Ehrenamts etablieren oder weiterentwickeln.

Die Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass das DRK dieses Thema in einem Ausschuss Anfang 2027 präsentieren kann.

Ein weiterer Antrag der Stadt gemeinsam mit dem AJZ zur quartiersunterstützenden Arbeit wurde leider abgelehnt, da die Landesmittel erschöpft seien.

15.6 .	Verschiedenes
--------	---------------

Herr Winter berichtet, dass sich die ersten Wochen im Pilotprojekt „Pooling Schulbegleitung“ sehr positiv gestalten. Die ersten Eindrücke von Schule, Trägern und Eltern seien sehr positiv. Ein ausführlicher Bericht, auch zur Ausweitung auf andere Schulen, erfolge in der nächsten Sitzungsfolge.

Die Ausschussvorsitzende dankt allen Beteiligten und schließt die Sitzung um 20:41 Uhr.

gez. Dr. Bettina Boxberger
(Ausschussvorsitzende)

gez. Lisa beim Graben
(Protokollführung)

